

mit einem feindlichen Flugzeuggeschwader zu bestehen hatte. Zwei deutsche Flugzeuge sind abgegriffen worden. Auf der Rückfahrt waren zwei britische Maschinen infolge Maschinendefektes genötigt gewesen, in der Nähe der holländischen Küste niederzuliegen. Die Besatzung sei interniert worden.

Explosion in einer Pariser Munitionsfabrik. Nach einer Meldung des „Verl. Vol. Anz.“ aus Genf fand wieder eine Explosion in einer Kriegsmaterialfabrik des Pariser Vorortes St. Denis statt. Sie forderte 20 Opfer und richtete bedeutenden Sachschaden an.

Deutsche U-Boote an Amerikas Küsten.

Durch eine Beschießung Newports. Die „Neue Zürcher Korz.“ meldet aus New York: Die Behörden der Stadt haben für den Fall einer eventuellen Beschießung Newports vom Meere oder von Land der Vorsichtsmaßregeln getroffen.

Wie „Theatercoup.“ Zu der Behauptung der New Yorker Presse, daß U-Boote der U-Boote sei ein Theatercoup, sagt „Stockholm Dagblad“: Man kann schwer begreifen, inwiefern eine Störung der Schifffahrt an der amerikanischen Küste eine durch Furcht veranlaßte Maßregel sein sollte. Es sei vielmehr eine Folge der Schrittweise über immer weitere Gebiete sich ausdehnenden U-Bootkrieges. Auch das Auftreten der ersten Unterseeboote im Mittelmeer habe man theatralisch gefunden, sich aber gewöhnt, mit ihm als einer dauernden Gefahr zu rechnen.

Sie haben es vorher gewußt! Die „Neue Zürcher Korz.“ meldet aus London: Schon seit einiger Zeit erwartet man in Amerika die Ankunft deutscher Unterseeboote, da man sie während ihrer Ueberfahrt auf dem Atlantischen Ozean entbeut hätte. Alle U-Booteangriffe werden ausschließlich die Wirkung haben, daß die Truppenbesätze der Union, die nach Europa geschickt werden, erhöht und die Schiffsbauten in den Vereinigten Staaten beschleunigt werden.

Amerikas „heilige Leidenschaft.“ Der amerikanische Marine-Sekretär Dantel sagt in einem Aufruf an die Kadetten der Marineakademie, Deutschland habe dadurch, daß es durch den Unterseebootskrieg den Krieg bis vor die Tore der Vereinigten Staaten trage, das amerikanische Volk nicht erschreckt, sondern das verstärkte Feuer der Leidenschaft habe den Amerikanern die Notwendigkeit nahegelegt, noch größere Anstrengungen zu machen, damit der Feind schneller und gründlicher für seine Annäherung geschnitten werde. — Vielleicht kommt es aber umgekehrt!

Beschwinden eines amerikanischen Dieseldampfers. Wie die Zürcher „Express-Korrespondenz“ erzählt, erregt das spurlose Verschwinden des amerikanischen Dieseldampfers „Chelope“ in amerikanischen Schiffsfahrtskreisen und an der New Yorker Börse ungeheures Aufsehen. Der „Chelope“, der sich mit 400 Mann Besatzung und einer wertvollen Manganerzladung auf der Fahrt von Westindien nach New York befand, ist 20 000 Tonnen groß und das größte Transportschiff der amerikanischen Handelsflotte. In Schiffsfahrtskreisen wird angenommen, daß das Schiff den Angriffen feindlicher Unterseeboote zum Opfer gefallen ist.

Prämien auf U-Boote. Nach einem Kabeltelegramm aus New York setzt die Regierung Prämien auf Auffindung der feindlichen Unterseeboote aus. Die Sperrung der amerikanischen Häfen ist auf vorläufig fünf Tage angesetzt. Man hat mit der Zwangsinternierung verdächtiger feindlicher Staatsangehöriger in New York und in den atlantischen Hafenstädten begonnen.

Sanft zu den deutschen Friedensvorschlägen. Der amerikanische Minister des Meeres Vansting sagte in einer Ansprache, die er bei Gelegenheit der Eröffnung der Ehren-Doktor der Columbia-Universität hielt: Ich warne vor den deutschen Friedensvorschlägen, die uns auf verschiedenen Wegen zum Kampf einelassen haben, würde es beinahe verbrochenerisch sein, zurückzugeben (!)

Mitwanken gegen die Fortsetzung des Krieges. Nach einer New Yorker Drahtung vom 4. Juni faßte der gesetzgebende Senat in Milwaukee einen Beschluß, der sich gegen die Fortsetzung des Krieges ausspricht.

Der künftige Völkerbund.

Erklärungen des Schweizerischen Bundespräsidenten. Aus Bern wird gemeldet: Bei der Behandlung des Geschäftsberichtes des Bundesrates über das Jahr 1917 im Nationalrat erklärte Bundespräsident Calonder, daß der Bundesrat den Fragen der Gestaltung des künftigen Völkerrechts und der Errichtung eines Völkerbundes die größte Aufmerksamkeit schenkte. Professor Huber (Zürich), sowie ein einziger Sachverständigenauschuss würden die Fragen prüfen. Die Untersuchungen seien natürlich rein theoretischer Natur und streng zu trennen von der Frage, ob der Bundesrat nicht im gegebenen Zeitpunkt als Vermittler auftreten sollte. Der Bundesrat stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, seine guten Dienste anzubieten in dem Augenblicke, wo er annehmen dürfe, daß beide kriegsführende Parteien dies wünschten. Der Redner erörterte eingehend die künftige Gestaltung des internationalen Rechts. Er sagte, das Ziel muß sein, in Europa eine internationale Rechtsordnung herzustellen, welche diesem Gebiete gestattet, neben den anderen Kontinenten an der Weltarbeit teilzunehmen. Bei der Neuordnung des internationalen Rechts ist vor allen Dingen wichtig die Schaffung von Einrichtungen zur friedlichen Beilegung der internationalen Gegensätze. Rechtliche Streit-

punkte müssen der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit zugewiesen werden, wobei die Staaten die möglichst unbeschränkte Pflicht anerkennen müssen, solche Streitigkeiten wirklich dem Spruch des Gerichts zu unterbreiten. Streitigkeiten, die sich nicht zu einer rechtlichen Beurteilung eignen, müßten Gegenstand der Vermittlung einer besonderen Einrichtung sein, wobei die Staaten wiederum verpflichtet sein sollen, wenigstens den Vorschlag der Vermittlungstoworkung abzuwarten. Beide Einrichtungen müssen einen dauernden Charakter haben und selbständig sein, um ihre Aufgabe wirklich erfüllen zu können. Bei einem Ausbruch der zwischenstaatlichen Rechtsordnung muß auf gegenseitige Rücksicht genommen werden, damit nicht Vereinbarungen getroffen werden, welche dann im entscheidenden Augenblicke doch nicht eingehalten werden.

Die deutsche Auffassung.

Die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ schreibt: In der amtlichen Neudemelung von 6. Juni über die letzte Sitzung des Obersten Kriegsrates der Entente werden zum ersten Male die Mitglieder des Viererbundes als Vund der freien Völker bezeichnet. Da die Einführung dieser Bezeichnung vielleicht nicht allgemeine Beachtung findet, ist es geboten, beizeiten vor der Öffentlichkeit die Frage aufzuwerfen, was damit gemeint sei. Bekanntlich hat die Propaganda der Entente sich seit einiger Zeit des kühnen Griffes bedient, den pazifistischen Gedanken eines Bundes der Völker zur Wahrung des Völkerrechts nach dem Kriege dem Worte nach in ihr Programm aufzunehmen. Die Urheber dieses Gedankens haben nun bis heute niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß sie einen solchen Bund einzig und allein als Vertretung sämtlicher mächtiger Staaten der Welt für denkbar halten. Im Gegensatz dazu zeigt die offizielle Presse unserer Feinde in den letzten Monaten das unverkennbare Bestreben, darzutun, daß der Plan des Völkerbundes durch das Bestehen des Viererbundes bereits genügend verwirklicht sei, d. h. also, daß die Entente selbst wie ein Gerichtshof den Neutralen und den Mittelmächten gegenüber stehe. So wenig diese theoretische Annahme dem praktischen Verhalten der Entente besonders auch gegen die Neutralen entspricht, so sehr verdient die Fälschung bloßgestellt zu werden, welche sie dadurch an einem der für den Neuaufbau des Völkerrechts nach dem Kriege wichtigsten Begriffe begeht. Wie sie sich auf anderem Gebiete vergeblich bemüht, ihre Eroberungsgelüste unter dem Deckmantel des Verständigungsfriedens zu verbergen, so haben die Kriegshelden in ihren Reihen niemals verschwiegen, daß ihnen, im Gegensatz zu der Stellung deutscher verantwortlicher Persönlichkeiten, der Gedanke eines wirklichen Völkerbundes ein Grauel ist. Dem Mißbrauch des Namens „Bund der freien Völker“ kann also nicht energisch genug entgegengetreten werden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 7. Juni.

Am Bundesratssitz: Wallraf, v. Payer, Dr. Lewald, v. Briskberg. Vizepräsident Dr. Baasche eröffnet die Sitzung 1 Uhr 15 Minuten. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anträge.

Abg. Graf Westarp (cons.) fragt nach der Art der Betätigung des Abg. Erzberger im Auftrage des Auswärtigen Amtes.

Direktor im Auswärtigen Amt Deutelmof: Im Dezember vorigen Jahres hat Herr Erzberger dem Auswärtigen Amte mitgeteilt, daß er auf 1 bis 2 Tage nach Wien zu reisen gedenke, wobei es sich aber nicht um eine politische, sondern um eine die katholische Kirche betreffende Angelegenheit handelte, deren günstige Erledigung auch im Reichsinteresse lag. Er macht Angaben zu politischer Betätigung im Auslande sind Herrn Erzberger weder damals, noch später erteilt worden. Von dem Ergebnis seiner Reise hat Herr Erzberger, wie dies auch andere Abgeordnete bei der Rückkehr von Auslandsreisen bisweisen tun, dem Auswärtigen Amte Kenntnis gegeben. Ueber die von Herrn Erzberger ehrenamtlich ausgeübte Tätigkeit wurde im Hauptauschuss mehrfach vertrauliche Auskunft erteilt. Herr Erzberger hat sich seit Ausbruch des Krieges erfolgreich bemüht, den amtlichen Presse- und Nachrichtendienst mit Hilfe eines von ihm geleiteten Bureaus zu unterstützen. Mit der fortschreitenden Vervollkommnung des amtlichen Dienstes ist der Ausbau dieses Bureaus im vollen Einklang mit Herrn Erzberger seit längerem im Gange. Durch diese Arbeit hat sich Herr Erzberger um den Ausbau des Presse- und Nachrichtenwesens anerkennenswerte Verdienste erworben. Bezüglich einer ergänzenden Frage des Grafen Westarp, worin die Erfolge der Tätigkeit Erzbergers bestanden haben, verweist Direktor Deutelmof auf die Kommission.

Abg. Kuchhoff (Str.) fragt aus Anlaß des Fliegerangriffes auf Bln nach Maßnahmen zu einem wirksameren Schutz und ob der Reichslangler bereit sei, Anträgen zu veranlassen oder Bestrebungen zu unterstützen, welche dem sinnlosen Morden von Frauen und Kindern durch Abmachungen internationaler Art endlich ein Ende machen.

General von Wrisberg verweist auf die Aufklärungen, welche der Chef des Stabes der Luftstreitkräfte in der Stadtverordnetenversammlung in Bln am 3. Mai gegeben hat. Um die Heimat vor Angriffen sicherzustellen, sei jede Vorsorge getroffen, und auch für Bln seien alle möglichen Mittel bereitgestellt. Bezüglich der gegenseitigen Beschränkung von Luftangriffen erklärte Redner, deutscherseits könne die Einstellung der Fliegerangriffe auf Städte außerhalb der Kriegszone bei unseren Gegnern nicht angezogen werden. Die deutsche Reichsregierung müsse vielmehr die Vorschläge der feindlichen Mächte an sich herankommen lassen. Von seiten der gegnerischen Regierungen sei aber ein dahingehender Antrag noch nicht gestellt. Sollte er erfolgen, so würde er deutscherseits gewissenhaft geprüft und gleichzeitig erwidert werden, welche Kompensationen zu fordern wären, damit die deutschen Interessen keinen Schaden erleiden.

Das Haus tritt sodann in die erste Lesung einer Novelle zum Gesetz über die

Beschäftigung und Aufenthaltbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes und des Belagerungszustandes vom 4. Dezember 1916.

Staatssekretär Wallraf: Die Vorlage soll mehreren Unstimmigkeiten, die heute im Gesetz noch bestehen, beseitigt. Insbesondere erscheint es als Gebot der Gerechtigkeit, alle Freiheitsbeschränkungen, die nach Maßgabe des Gesetzes über Kriegs- oder Belagerungszustand über Deutschland verhängt wurden, den Vorschriften des Schutzhafengesetzes zu unterwerfen. Auch die Entschädigungsfrage muß geregelt werden.

Nach kurzer Debatte wird die Novelle der Schutzhafungskommission überwiesen.

Wahl neuer Vizepräsidenten.

Zur Geschäftsordnung beantragt Abg. Eröber (Zentr.) den Antrag auf Veränderung der Geschäftsordnung, welche die Wahl von drei Vizepräsidenten mit gleichen Rechten vorsieht, sofort auf die heutige Tagesordnung zu setzen und heute noch zu erledigen. Nachdem dies angenommen ist, wird auch der betreffende Kommissionsantrag angenommen. Hierauf erklärt Abg. Dove (f. V.), daß nach dieser Beschlußfassung sein Amt als Vizepräsident niederlege.

Vizepräsident Dr. Baasche: Wenn ich diesem Beschlusse folgen wollte, hätte das Haus morgen keinen Vizepräsidenten.

Hierauf tritt Vertagung ein.

Nächste Sitzung Sonnabend, Präsidentenwahl.

Kleine politische Meldungen.

Megen Belästigung des bayerischen Kriegsmilitärs und der Offiziere seines Pressekorps sowie zweier Genjurvergehen ist der Schriftsteller Graf Rari von Botsmer, der die inoffiziellen verbundene Wochenchrift „die Weltanschauung“ leitete, von der Reichsregierung des Landgerichts München zu insgesamt 1200 Mark Geldstrafe verurteilt worden und zwar zu 800 Mark für die Belästigungen und zu je 150 Mark für die beiden erdichteten verbottenen Nummern der Wochenchrift. Die Wahnehrung berechtigter Interessen hat das Gericht nicht anerkannt.

Die Ukraine und Rumänien. Die ukrainische Antwortnote ist an die rumänische Regierung abgefaßt worden. Die Ukraine besteht darauf, daß das Moldauparlament zur Abkündigung der durch die Angliederung von Arabien an die Besetzung nicht beeinträchtigt war, und daß die beharrliche Bestätigung der Vereinigung mit der Ukraine erstrebt, mit der sie geschichtlich wirtschaftlich verbunden sei.

Die sozialdemokratische Partei Sachsens wird am kommenden Sonntag in Dresden ihre Landesversammlung abhalten. Ein Erfolg über die Volkswellen. Reuter meldet aus Tharbin vom 30. Mai: Beträchtliche Streitkräfte kamen am 23. Mai durch Ohta auf dem Wege nach Kioannaja, wo die bolschewistischen Streitkräfte für einen Angriff auf General Semowow zusammengetroffen sind. Zahlreiche Rote-Garden-Truppen ergaben sich Semowow, anschließend infolge mangelnder Verpflegung.

Minen im Rattagat. In verschiedenen Stellen im Rattagat wurden veranlaßt, auf drei Meter Tiefe eingestülpte Minen beobachtet. Die Seefahrt im Rattagat ist nur innerhalb der Hoheitsgrenzen rüchlich. Ein Minenfeld sperrt den tiefsten unter gewöhnlichen Verhältnissen fahrbaren Lauf des Rattagat. Dieses Minenfeld hat wahrnehmlich auch die Sprengung des dänischen Schoners „Peteren“ verursacht. Die beiden letzten Schiffe der Rattagat-Schiffahrt—Helsingborg sind wegen der Minengefahr eingestellt worden. Eine Zeebomme ist im Sund ungeschädlich gemacht worden.

Spanien und die Gibraltarfrage. Das bekannte Madrider Blatt „Elacion“, das Organ des Ministerpräsidenten Maura, schreibt, daß in Spanien der Wunsch besteht, die Gibraltarfrage an den Friedensverhandlungen teilnehmen sollte, lebhaft begrüßt wurde.

Eine große Munitionsexplosion in Aiem. Am Donnerstag brach in einem großen ukrainischen Munitionsdampfer ein Feuer aus. Die sofort angestellten Lösungsversuche blieben erfolglos, so daß das Feuer auf die zahlreichen Munitionskammern übergriff, die nach und nach in die Luft flogen. Der Brand entzündete sich vorläufig nicht festgestellter Ursache in der Nähe eines Schuppenes mit alten russischen Karteten. Bald war die Hauptgefahr beseitigt. Die Zahl der Opfer unter der Bevölkerung beträgt etwa 80 Tot und mehrere hundert Verwundete, meist Ukrainer. Das gefährliche Gelände ist durch deutsche Truppen abgesperrt, die sich operativ an den Lösungs- und Rettungsarbeiten beteiligen.

Wie Amerika die italienische Presse beklagt. Die italienische sozialistische Blatt „Quanti“ meldet: Die Korrespondenten der italienischen Zeitungen werden sich nach Nordamerika begeben und zwar zu dem Zweck, um selbstgeleitete und berichten, mit welchen glühenden Eifer unsere großen Verbündeten ihre Kriegswirtschaft betreiben. Der Unterstaatssekretär der Propaganda Gallenga hat angeordnet, daß je fünf Zeitungen sich zu einer Gruppe zusammenschließen und einen Vertreter senden sollen. Die „Gazetta di Torino“, welche mit folgenden Redaktionen die Reisekosten und die wöchentlichen Aufwandskosten in Amerika wird mit gewohnter Freigebigkeit die Regierung der Vereinigten Staaten tragen.

Russische Gleichmacherel. Die Petersb. Telegraphen-Agentur gibt folgende Verfügung über die Aufhebung der Rangordnung der Diplomaten bekannt: Die föderative Sozialistische Russische Sowjetrepublik hält in ihren Beziehungen zu den fremden Staaten an dem Grundsatz der unbedingten Gleichheit der großen und kleinen Völker fest. Infolge dessen und in Würdigung der Artikel 22 und 27 des Selbstbestimmungsrechts bestimmt der Rat der Volksbeauftragten darüber: 1. Die Titel der Botschafter, Gesandten und anderen diplomatischen Vertreter aufzuheben und alle Vertreter Russlands, die in fremden Staaten beglaubigt sind. 2. Die wichtigsten Vertreter der Russischen föderativen Sozialistischen Sowjetrepublik zu nennen. 3. In Übereinstimmung mit dem Grundsatz des Völkerrechts, das allen miteinander gleichstehenden Staaten gemeinsam ist, alle bevollmächtigten Vertreter und alle diplomatischen Agenten der fremden Staaten, die bei der föderativen Sozialistischen Russischen Sowjetrepublik beglaubigt sind, unabhängig von ihrem Rang ebenso als „bevollmächtigte Vertreter“ zu betrachten.

Der Kampf gegen das Deutsche Reich in Brasilien. Die brasilianische Regierung hat beschlossen, alle deutschen Dampfernamen, welche vor allem im Süden sehr zahlreich sind, durch portugiesische zu ersetzen.

Von Stadt und Land.

Muc, 8. Juni.

Der Kaiser an die Lokomotivführer. Der Verband der preußisch-heftigen Lokomotivführer, der 92 000 Mitglieder zählt, hielt dieser Tage in Steint sein Hauptversammlung ab, die sich in der Hauptsache mit der Erweiterung der beruflichen Vorbildung der Lokomotivführer weiterverfaßte, die alsseitig als dringend notwendig anerkannt wurde. Dem scheidenden Vorsitzenden Berent (der vom Eisenbahnminister v. Wreitenbach gemahnt worden war, weil er gegen den früheren Schriftleiter des Verbandes wegen dessen kritischer Schrift „Schriftleiter und Beser“ nicht energisch genug vorgegangen sein soll), wurde eine Ehrengabe von 80 000 Mark bewilligt und ihm der Ehrenposten übertragen. Während der Tagung